

Motion Zaccaria (SP), Gashi (Grüne), Legler (SP): Neue Strassennamen und öffentliche Plätze in Muri-Gümligen sollen diverser werden

Antrag:

Der Gemeinderat wird beauftragt:

1. zu erheben, wie viele Strassen und öffentliche Plätze in Muri-Gümligen nach Männern und wie viele nach Frauen benannt sind und wie gross die prozentuale Differenz ist;
2. zu veranlassen, dass in Muri-Gümligen künftig neue Strassennamen und öffentliche Plätze so lange nach Frauen benannt werden, bis eine prozentuale Parität erreicht ist;
3. sicherzustellen, dass ab diesem Zeitpunkt bei der Benennung neuer Strassennamen und öffentlicher Plätze immer alternierend Männer und Frauen zum Zug kommen.
4. darauf hinzuwirken, dass gesellschaftliche Minderheiten im Benennungsverfahren angemessen berücksichtigt werden.

Begründung:

Die Benennung von Strassen und öffentlichen Plätze nach Personen ist eine wichtige Form historischer Erinnerungskultur und gesellschaftlicher Wertschätzung. Leider sind Frauen in diesem Bereich stark untervertreten, was unverkennbar ein Zeichen von Diskriminierung und Ungleichheit darstellt und dem in der Bundesverfassung verankerten Grundsatz der Gleichstellung von Mann und Frau (Art. 8 Abs. 3 BV) widerspricht.

Um diese Schieflage zu korrigieren, soll in Muri-Gümligen künftig bei der Benennung neuer Strassen so lange ein Ausgleich geschaffen werden, indem grundsätzlich Frauen berücksichtigt werden, bis eine prozentuale Parität erreicht ist. Danach soll eine gleichmässige Verteilung zwischen Männern und Frauen gewährleistet werden, wobei immer abwechselnd beide Geschlechter zum Zug kommen sollen. Zudem ist es wichtig, dass gesellschaftliche Minderheiten im Prozess der Namensgebung angemessen berücksichtigt werden.

Dies würde nicht nur die Sichtbarkeit und Anerkennung von Frauen in der öffentlichen Wahrnehmung erhöhen, sondern auch die kulturelle Vielfalt und Identität von Muri-Gümligen bereichern. Nur durch die Sichtbarmachung aller gesellschaftlichen Gruppen kann unsere Gemeinde zu einem Ort echter toponomastischer Vielfalt und Wertschätzung werden.

Muri-Gümligen, 19. September 2023

Angelo Zaccaria / Hilmi Gashi / Manessa Legler

Mitunterzeichnende

Unterschrift

Name

Unterschrift

He
Walter Thut
Luc Arnold
Frantisko Frassejbal
H. Meichly

Name

Hanna Bed
Walter Thut
Luc Arnold
Frantisko Frassejbal
Helena Meichly

Fraktion FDP:

Motion «Erhöhung des finanzpolitischen Handlungsspielraums 2024-2029»

Der Gemeinderat wird beauftragt,

- a) dem GGR möglichst rasch einen detaillierten Bericht vorzulegen, in welchem er aufzeigt, wie er den finanzpolitischen Handlungsspielraum maximal zu erhöhen gedenkt;
- b) darauf abgestützt einen revidierten Finanzplan 2024-2029 vorzulegen;
- c) konkrete Massnahmen und Projekte abzuleiten und diese möglichst zeitnah umzusetzen;
- d) bei jedem Geschäft, das dem GGR vorgelegt wird, anzugeben, mit welchen einmaligen und mit welchen wiederkehrenden Kosten gerechnet werden muss.

Dabei gilt:

1. Die Steueranlage beträgt maximal 1,14 und die Liegenschaftssteuer maximal 0,4 Promille. Die erhobenen Gebühren sind kostendeckend und bewegen sich grundsätzlich auf dem heutigen Niveau. Die Verschuldung beträgt maximal 50 Millionen Franken.
2. Mehreinnahmen sind durch die aktive Ansiedlung von neuen Steuerzahlern (natürliche und juristische Personen) sowie die beschleunigte bauliche Entwicklung im Rahmen unserer Leitbilder (z.B. mittels Ein- und Umzonungen, Mehrwertabschöpfung, Bewirtschaftung oder Veräusserung gemeindeeigener Liegenschaften) zu generieren.
3. Gezielte Minderausgaben in ausgewählten Bereichen, welche aus der Gesamtbetrachtung künftig eine geringere Priorität geniessen (Aufgabenüberprüfung).
4. Bei den geplanten Investitionen erfolgt eine konsequente Beschränkung auf das zwingend Notwendige (Umfang, Qualitätsstandards, Zeitplan für die Umsetzung, etc.).

Dadurch soll insbesondere angestrebt werden, künftige Investitionen ohne Anstieg der Verschuldung oder der Steueranlagen tätigen zu können, respektive Schulden abzubauen und die Steueranlagen zu senken.

Begründung:

Der Gemeinderat erwartet für die kommenden Jahre eine allgemeine Verschlechterung der finanzpolitischen Situation unserer Gemeinde. Hohe Investitionen (u.a. Sanierungen Gemeindeverwaltung sowie von Schulanlagen, Strassennetz, öffentliche Beleuchtung, Fernwärmenetz), steigende Zinsen und ein steigender Personal- sowie Sachaufwand erfordern heute eine neue finanzpolitische Auslegeordnung.

In den vergangenen Jahren erhöhten sich die Reserven (Bilanzüberschuss und Finanzpolitische Reserven) auf über 41 Millionen Franken – dem rund Vierfachen des eigentlich angestrebten Niveaus. Dies erfolgte primär dank stets höher ausfallender Steuererträge und nicht etwa infolge von Minderausgaben.

Die Gemeinde betätigt sich heute zudem direkt und indirekt in Bereichen, welche keine zwingenden Gemeindeaufgaben darstellen (z.B. Betrieb eines gemeindeeigenen Alterszentrums, Projektierung sowie Bau und Betrieb eines gemeindeeigenen Fernwärmenetzes). Für diese Tätigkeiten werden erhebliche Risiken in Kauf genommen, hohe finanzielle Mittel der Gemeinde über lange Zeit blockiert und Ressourcen für die Führung sowie Überwachung dieser Engagements gebunden, welche bei der Bewältigung der zwingenden Gemeindeaufgaben künftig fehlen.

Hier stellen sich Fragen nach Alternativen, zumal für diese Aufgaben etablierte Anbieter zur Verfügung stehen. Bisherige Annahmen und Gewohnheiten (Stichworte «Muri-Finish», «Darf's äs bitzeli meh sii») stammen aus einer Zeit des Überflusses. Sie sind künftig untaugliche Massstäbe bei der Führung des Finanzhaushaltes.

Die steuerliche Belastung im Kanton Bern (und damit auch in unserer Gemeinde) liegt im schweizweiten Vergleich auf einem unerträglich hohen Niveau. Die Wettbewerbsfähigkeit bei der Standortwahl für das Wohnen und Arbeiten ist arg beeinträchtigt.






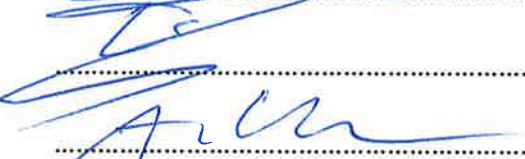





Durch konkrete Massnahmen und Projekte soll hier rasch eine Verbesserung der Situation geschaffen werden.

19. September 2023

Raphael Weibel (FDP)

Unterschriften \

Namen


.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Weibel Raphael
Zocco Emanuel
Legler Regina
Buff Ronald
Kärttschi Daniel
Laura Bircher
Annette Scherrer
Johanna Schenk
LORENZ HELD
Matthias Gybler
Adrian von Gunten

Handwritten signatures in blue ink on the left side of the page, including a large stylized 'M', a signature with a flourish, a signature with a horizontal line, and the initials 'K.T.Z.'.

Urs Grütter
Charlotte Stehenrock
Christian Spücher
Daniel Am
Runde Mäder